



## EL SALVADOR: LÄNDER DRÄNGEN AUF ÄNDERUNG DER REPRESSIVEN ABTREIBUNGSGESETZE

Pressemitteilung vom 28. Oktober 2014

**Vertreter von neun Ländern übten in einer Versammlung der Vereinten Nationen in der vergangenen Nacht Druck auf El Salvador aus, seine repressive und veralteten Abtreibungsgesetze zu korrigieren. Die Auswirkungen dieser Gesetze kommen institutionalisierter Gewalt, Folter und anderen Formen der Misshandlung von Frauen und Mädchen gleich, sagte Amnesty International.**

Repräsentanten weiterer 12 Länder gaben ihrer Besorgnis Ausdruck über die fortgesetzte Diskriminierung von Frauen. El Salvador wurde im Rahmen des UPR (*Universal Periodic Review – universelle periodische Staatenüberprüfung*) vom UN-Menschenrechtsrat aufgefordert, Gesetze zu reformieren, die Schwangerschaftsabbrüche unter allen Umständen verhindern und Frauen dafür ins Gefängnis bringen, die Fehlgeburten erlitten oder heimliche Abtreibungen vorgenommen hatten.

„Wir haben die verheerenden Auswirkungen dieser Gesetze auf Frauen und Mädchen in El Salvador mit eigenen Augen gesehen, von Frauen, die während heimlicher Abtreibungen gestorben sind, bis zu anderen, die nach einer Fehlgeburt für mehr als 40 Jahre Haft verurteilt wurden. Jetzt haben sich Vertreter verschiedener Länder uns angeschlossen zu sagen: Genug ist genug,“ sagte Erika Guevara Rosas, Direktorin der Amerika-Abteilung bei Amnesty International.

Zu den Ländern, die Änderungen einfordern, gehört Spanien, das Anfang des Jahres seine eigene Gesetzesvorlage kassierte, die den Zugang zu Abtreibungen im Land eingeschränkt hätte. Spanien sagte El Salvador, dass „Frauen und Mädchen Zugang zu sexueller und reproduktiver Bildung“ haben müssen und dass „alle Frauen, die wegen einer Abtreibung im Gefängnis sind, freigelassen werden [müssen], [genauso wie diejenigen], die wegen einer Fehlgeburt [inhaftiert sind], und ihre Vorstrafen müssen getilgt werden.“

Auch Australien, die tschechische Republik, Deutschland, Island, Luxemburg, Slovenien, Schweden und das Vereinigte Königreich forderten das zentralamerikanische Land auf, seine Abtreibungsgesetze zu reformieren.



Die restriktiven Gesetze El Salvadors führen dazu, dass Frauen und Mädchen, die für schuldig befunden wurden, eine Abtreibung durchgeführt zu haben, mit Gefängnis zwischen zwei und acht Jahren bestraft werden können. Medizinisches Personal erwartet Gefängnisstrafen von bis zu 12 Jahren, wenn herausgefunden wird, dass sie Abtreibungshilfen zur Verfügung gestellt haben.

Im jüngsten Bericht von Amnesty International, „Auf Leben und Tod. Gewalt gegen Frauen und die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in El Salvador“ („[On the brink of death: Violence against women and the abortion ban in El Salvador](#)“) wird dokumentiert, wie einige Frauen, die Abtreibungen gehabt oder Fehlgeburten erlitten hatten, vor Gericht gestellt und zu bis zu 50 Jahren Haft wegen „Mord“ oder „schwerem Mord“ verurteilt wurden, nachdem sie von ihren Ärzten bei der Polizei angezeigt worden waren.

Am 25. September 2014 veröffentlichte Amnesty International eine [Petition](#), in der El Salvador aufgefordert wird, seine Abtreibungsgesetze zu reformieren. Bis heute gingen weltweit bereits mehr als 110.000 Unterschriften ein. Die Menschenrechtsorganisation fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung von allen Frauen und Mädchen, die wegen einer Abtreibung oder einer Fehlgeburt inhaftiert sind.

Darüberhinaus fordert Amnesty International, dass alle, auch junge Frauen, Zugang zu Informationen und Services über Empfängnisverhütung, zu umfassenden und qualitativ modernen Verhütungsmethoden und zu Notfall-Empfängnisverhütung erhalten.

Während des UPR erwähnten viele Länder auch Frauenrechte und das hohe Niveau von geschlechtsspezifischer Gewalt, aber auch positive Schritte, die die Regierung unternommen hat, indem sie 2012 das Spezielle Gesetz für Frauen für ein Leben ohne Gewalt („*Ley Especial Integral para una Vida Libre de Violencia para las Mujeres*“) verabschiedet hat, das sich gegen Diskriminierung und geschlechtsspezifische Gewalt richtet.

„Wir schließen uns den Forderungen dieser UN-Mitgliedsstaaten an, die El Salvador auffordern, die Abtreibung zu entkriminalisieren und den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen sicherzustellen, mindestens in den Fällen, in denen die Schwangerschaft ein Risiko für das Leben oder die physische oder psychische Gesundheit der Frau oder des Mädchens darstellt, in denen der Fötus außerhalb des Mutterleibes nicht überlebensfähig ist oder wenn die Schwangerschaft das Ergebnis von Vergewaltigung oder Inzest ist,“ sagte Erika Guevara Rosas.

„Nur wenn El Salvador sich dieser umfassenden Anliegen annimmt, kann es sich als eine fortschrittliche und soziale Gesellschaft in Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsstandards zeigen.“

El Salvador hat nun Zeit, sich mit den Empfehlungen auseinanderzusetzen, und wird im März 2015 mitteilen, welche davon es umsetzen wird.

### **Hintergrund-Informationen**

Zu den anderen Themen, mit denen sich der UPR befasste, gehörten u.a. die Straflosigkeit für Verbrechen, die während des Bürgerkrieges in El Salvador verübt worden waren, die Verbesserung der Haftbedingungen und die Forderung nach Ratifizierung von internationalen Menschenrechtsstandards einschließlich des Statut von Rom.



Der UPR ist eine Maßnahme des Menschenrechtsrates, womit die Einhaltung von Menschenrechtsverpflichtungen und –Vorschriften bei allen 193 UN-Mitgliedsstaaten überprüft wird, wobei jeder Staat alle 4,5 Jahre bewertet wird. Er ist eine kooperative Maßnahme, basierend auf objektiver und verlässlicher Information und gleicher Behandlung aller Staaten. Er ergänzt die Arbeit der UN-Vertragsgremien.

Amnesty International fordert von allen Staaten, Schwangerschaftsabbrüche unter allen Umständen zu entkriminalisieren und legale und sichere Abtreibungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, mindestens in den Fällen, in denen Schwangerschaften aus Vergewaltigungen und Inzest entstanden sind und wenn Leben oder Gesundheit der Frau oder des Mädchens auf dem Spiel stehen.

Im März 2014 begann Amnesty International mit einer internationalen Kampagne zum Schutz des Rechtes von Menschen, selbst über Gesundheit, Körper, Sexualität und Fortpflanzung zu entscheiden, ohne Angst vor Diskriminierung und ohne staatliche Kontrolle oder Zwang. Die Kampagne „My Body My Rights“ („*Mein Körper Meine Rechte*“) fordert von Regierungen, die Abtreibung zu entkriminalisieren.

**Weitere Informationen:**

Amnesty International veröffentlichte im September 2014 - als Teil der Kampagne My Body My Rights über sexuelle und reproduktive Rechte – einen Bericht über El Salvador. Diesen finden Sie u.a. auf den Seiten

<http://www.ai-el-salvador.de/frauenrechte.html>

<http://www.amnesty.de/laenderbericht/el-salvador>

Unverbindliche Übersetzung durch die El Salvador-Koordinationsgruppe  
Verbindlich ist das englische Original:

<http://www.amnesty.org/en/for-media/press-releases/countries-urge-el-salvador-change-repressive-abortion-laws-2014-10-28>

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**

